

Staatliche Deputation für Kultur			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019			
Protokoll der Sonder-Sitzung am 07.04.2016			
Sitzungstag: Dienstag	Sitzungsbeginn: 14:04 Uhr	Sitzungsende: 16:00 Uhr	Sitzungsort: Raum 416, Bremische Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen

Teilnehmer/innen siehe anliegende Anwesenheitsliste.

Tagesordnung:

TOP 1:	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2:	Haushalt 2016/2017	Vorlage 33
TOP 3:	Verschiedenes	

Die Vorsitzende der staatlichen Deputation für Kultur, Frau Strunge, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Frau Strunge begrüßt Frau Dr. Anne Kroh, neue Deputierte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Deputation für Kultur stimmt der Tagesordnung zu.

Herr Rohmeyer kündigt an, dass er sich bei allen Punkten, die die Wilhelm Wagenfeld Stiftung betreffen, enthalten werde, weil er Mitglied im Vorstand der Wilhelm Wagenfeld Stiftung ist.

TOP 2: Haushalt 2016/2017

Frau Strunge übergibt das Wort an Frau Staatsrätin Emigholz.

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert, dass auf der heutigen Sitzung die sogenannten festen Haushaltstitel, d.h. die Förderungen für Einrichtungen, die institutionell gefördert werden, beraten werden sollen. Die Vergabe der Projektmittel werde in gesonderter Sitzung erfolgen. Es sei vorgesehen, im Juni die Vergabe der Projektmittel für 2016 abzuschließen. Außerdem solle zum Ende dieses Jahres die Vergabe der Projektmittel für 2017 beraten werden, um Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die Antragsteller zu schaffen. In Bezug auf den vorgelegten Haushaltsentwurf weist sie darauf hin, dass einige Aspekte gesondert betrachtet werden müssten: Dies seien zum einen Einrichtungen, bei denen derzeit noch Kontrakte laufen, zum anderen die Situation der Volkshochschule und die Frage der zusätzlichen Mittel für Integration und, wie bereits aufgeführt, die Projektmittelvergabe. Frau Staatsrätin Emigholz erläutert, dass es bei dieser Haushaltsaufstellung einen Schwerpunkt für Museen gebe. Dies bedeute auf der einen Seite, dass es Haushalte gebe, mit denen die Einrichtungen über Jahre zurecht kommen müssen und auf der anderen Seite, dass die intensive Arbeit der Häuser anerkannt wird. Sie betont, dass ein Haushaltsentwurf vorgelegt werde, der bei engen Rahmenbedingungen noch positive Setzun-

gen in Teilbereichen enthält. Dies könne als Erfolg gewertet werden. Dennoch bedeute der vorgelegte Haushaltsentwurf, dass die Einrichtungen eine sehr vernünftige und wirtschaftliche Haushaltsführung leisten müssten. Sie dankt den Deputierten, insbesondere Herrn Bolayela und Frau Dr. Kappert-Gonther sowie Herrn Reinken für die konstruktive Beratung und Unterstützung in den Haushaltsberatungen.

Herr Rohmeyer merkt an, dass die Koalition es als Erfolg betrachte, dass alles so bleibt, wie es ist. Dafür nutze sie die von der CDU seinerzeit kritisierte, aber als rechtmäßig befundene Einnahmequelle City-Tax. Er wirft die Frage auf, wie die Haushaltslage wäre, wenn es diese Einnahmequelle nicht gebe. Herr Rohmeyer weist darauf hin, dass Ryanair die Flüge nach Bremen reduzieren werde, so dass deutlich weniger Touristen nach Bremen kommen werden. Daraus folge, dass die geplanten Einnahmen aus City-Tax für 2017 nicht sicher seien. Er kritisiert, dass auf dieser Grundlage keine mittel- oder langfristige Kulturentwicklung stattfinden kann. Herr Rohmeyer nimmt Bezug auf die Bereitstellung von Mitteln für Museen und erklärt, dass eine wahre Schwerpunktsetzung anders aussehe. Er finde es gut, dass bestimmte Setzungen vorgenommen werden, vermisse allerdings die dahinter stehenden Konzepte. So sei die Frage, ob es nun ein Konzept für Gegenwartskunst gebe oder nicht, in der Deputation kontrovers diskutiert worden. Er weist darauf hin, dass es zur Weserburg ein Papier gebe, von dem aber innerhalb der Weserburg umstritten sei, ob die hinterlegte Summe für den Betrieb der Weserburg ausreicht oder nicht. Herr Rohmeyer betont, dass es zur Steuerung der Kulturentwicklung in Bremen erforderlich wäre, Leitlinien festzulegen. Dies habe das Kulturressort in bestimmten Bereichen sehr eng getan, in anderen Bereichen fehle es aus seiner Sicht völlig. Er würde sich wünschen, dass darüber eine inhaltliche Debatte in der Deputation geführt worden wäre. Es wäre gut, wenn man wieder dahin zurückkommen könnte, was Kulturpolitik ausmacht, nämlich ein Bild davon zu entwickeln, wo man Bremen in zehn Jahren sieht.

Frau Strunge erklärt, dass die Linksfraktion mit dem Haushaltsentwurf sehr unzufrieden sei. Aus Sicht der Linksfraktion würden grundsätzlich zu wenig Mittel bereitgestellt. 80 Mio. € würden nicht reichen, um die Bedarfe im Bereich Kultur ausreichend zu finanzieren. Dafür gebe es zahlreiche Beispiele bei den Kultureinrichtungen. Auffällig sei, dass in den Jahren 2013 und 2014 für verschiedene Institutionen deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt wurden, die Mittel aber in 2015 enorm gekürzt wurden und dass diese Kürzung jetzt fortgeschrieben wird. Die Förderung bleibe also auf einem ganz niedrigen Niveau bestehen, was jetzt von der Koalition als Erfolg erklärt werde. Dies werde auch in der Vorlage des Kulturressorts mit den Worten „Ziel sei es, die Arbeitsfähigkeit der Kultureinrichtungen erhalten bleibt“ beschrieben. Für die meisten Einrichtungen könne dieses Ziel mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf wohl gewährleistet werden, aber bei einigen Einrichtungen würde sie sehr bezweifeln, ob die Arbeitsfähigkeit mit diesem Haushalt wirklich noch gesichert sei. Insgesamt werde deutlich, dass es nicht über den Erhalt der Arbeitsfähigkeit hinausgeht. Aus Sicht der Linksfraktion sei dies der falsche Weg in der Kulturpolitik. Frau Strunge erklärt, dass sie verwundert gewesen sei über die Medienberichte zur City-Tax. Diese würden den Eindruck vermitteln, dass die Museen gut ausgestattet seien und über die City-Tax noch zusätzliche Mittel erhalten. Tatsächlich sei es aber so, dass über die in Frage stehenden Mittel teilweise bereits in der Deputation beraten wurde. Es handle sich also nicht um zusätzliche Mittel, sondern die Finanzierung einer bereits diskutierten Maßnahme finde durch die City-Tax statt. Beispielsweise sei in der Deputation besprochen worden, dass es 1,24 Mio. € für die Weserburg geben soll. In den Medienberichten heiße es, die Weserburg bekomme 399 T€ mehr. In der Öffentlichkeit werde damit der Eindruck erzeugt, als ob dies zusätzliche Mittel seien. Es handle sich aber nur um eine Teilsumme, die innerhalb der 1,24 Mio. € aus City-Tax finanziert werde. Dies sei Augenwischerei. Gleiches gelte für den Vergleich mit der Gerhard Marcks Stiftung. Bezugnehmend auf die

Projektmittel weist Frau Strunge darauf hin, dass auch hier der Mittelansatz nur fortgeschrieben werde. Sie erklärt, dass die wirklich freie Szene gefordert habe, stärker berücksichtigt zu werden und einen festen Posten innerhalb des Projektmitteltopfes zu erhalten. Wenn aber die für Projektmittelförderung zur Verfügung stehenden Mittel nicht deutlich erhöht werden, dann werde es vermutlich dabei bleiben, dass die wirklich freie Szene sehr stiefmütterlich behandelt werde. Es werde also dabei bleiben, dass die Kulturschaffenden nach Hamburg oder Niedersachsen abwandern. Dies sei sehr bedauerlich, vor allem weil nach ihrem Eindruck den Akteuren in diesem Bereich andere Hoffnungen gemacht wurden.

Frau Dr. Kappert-Gonther betont, dass der dem Haushaltsentwurf zu Grunde liegende Eckwert in einer Zeit ausgehandelt worden sei, die wegen der Haushaltsnotlage Bremens und zahlreicher gesellschaftlicher Herausforderungen ausgesprochen schwierig ist. In dieser Situation hätte man einen „Schwarzbrot-Haushalt“ erwarten können. Der vorgelegte Haushaltsentwurf sei tatsächlich ein „Schwarzbrot-Haushalt“ und zwar in der Hinsicht, dass es gelingt, deutlich zu machen, wovon eine Stadt substantiell lebt und wovon eine Stadt sich nähren kann. Und das sei auch die Kultur in dieser Stadt. In dem vorgelegten Haushaltsentwurf sei es gelungen, nicht nur die Anschläge weiter zu führen, was in der derzeitigen Situation schon viel wäre, sondern in ganz vielen Bereichen ein Plus zu generieren. Sie erklärt, dass dies unter anderem durch die Einnahmen aus der City-Tax gelinge. Sie fragt bezüglich der Ausführungen von Herrn Rohmeyer, inwiefern es schädlich sei, dass mittels der City-Tax eine Million Euro für Kultureinrichtungen dieser Stadt zur Verfügung gestellt werden können. Sie glaube nicht, dass die Frage, wie viele Touristen nach Bremen kommen, nur von Ryanair abhängt, sondern davon, wie sich die Kunst- und Kulturlandschaft und die Urbanität in dieser Stadt weiter entwickeln werde. Außerdem seien die Einnahmen aus City-Tax höher als der Betrag, der für Kultur ausgeschüttet werde, denn für Kultur sei ein Mindestbetrag festgeschrieben. Selbst wenn also die Einnahmen aus City-Tax einbrechen sollten, würde dadurch kein Problem für den Kulturhaushalt entstehen. In Bezug auf die Äußerungen von Frau Strunge betont Frau Dr. Kappert-Gonther, dass man die Erhöhung der Anschläge für die Museen nur deshalb in Aussicht stellen konnte, weil es die Einnahmen aus der City-Tax gebe. Sie weist darauf hin, dass der Haushaltsentwurf erhöhte Anschläge für die Museen sowie eine Erhöhung der Projektmittel in 2017 enthalte. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation sei dies ein Erfolg. Eine Kürzung von Anschlägen habe es nicht gegeben und sei auch nicht zu belegen. Zu der Äußerung, es sei keine Schwerpunktsetzung erfolgt, erklärt Frau Dr. Kappert-Gonther, dass dies falsch sei. Es gebe ausgeprägte Diskussionen auch unter Beteiligung der Grünen zu der Frage, wie man die zeitgenössische Kunst in dieser Stadt stärken könne. Außerdem gebe es einen klaren Schwerpunkt zu Gunsten kultureller Bildung, der auch im Haushaltsentwurf mit einem Betrag berücksichtigt wurde. Des Weiteren gebe es zahlreiche kleinere Anhebungen für verschiedene Einrichtungen der Stadtkultur. Sie verweist darauf, dass es der Koalition gemeinsam mit der Opposition, gelungen sei, deutlich zu machen, dass Kunst und Kultur kein Sahnehäubchen, sondern das Schwarzbrot einer Stadt sind.

Herr Gottschalk erklärt, dass man den vorgelegten Haushaltsentwurf nicht würdigen könne, ohne den großen Rahmen zu berücksichtigen. Dieser große Rahmen werde bestimmt durch zwei große Herausforderungen: Zum einen der Konsolidierungskurs und zum anderen die Zuwanderung, die erhebliche Mehraufwendungen bedeute. Der vorgelegte Haushaltsentwurf sei ein Haushalt der Solidarität, der Zuverlässigkeit und der Kontinuität. Aus Sicht der SPD sei es deshalb auch ein Haushalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es wäre wünschenswert, dass dies anerkannt werde. Er weist darauf hin, dass in anderen Teilen Deutschlands unter diesen engen finanziellen Bedingungen sehr schnell in den Kul-

turhaushalt eingegriffen werde. Genau das geschehe hier nicht. Der vorgelegte Haushaltsentwurf bedeute Verlässlichkeit und Sorge dafür, dass die Einrichtungen die Mittel bekommen, was sie benötigen. Zur City-Tax erklärt er, dass es gut sei, dass die Einnahmen aus der City-Tax zur Verfügung stünden. Äußerungen darüber, dass die Mittel zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehen könnten, seien nicht angezeigt. In Bezug auf die Äußerungen von Frau Strunge betont Herr Gottschalk, dass die Mittel für Projektförderung in 2017 um 10 % erhöht wurden. Bei der Höhe des Kulturhaushalts insgesamt müsse der hierfür festgelegte Eckwert beachtet werden. Wenn man der Meinung sei, dass mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, müsse man auch sagen, an welcher Stelle dafür Einsparungen vorgenommen würden. Dies erfolge aber von der Opposition nicht. Er erklärt, dass man gern mehr für die Kultur geben würde, dass aber unter den gegebenen Bedingungen sehr viel für die Kultur herausgeholt worden sei. Die Kontinuität sei ein großer Erfolg. Er sei dankbar, dass es dem Kulturressort gelungen sei, dieses Haushaltsergebnis erzielt zu haben.

Herr Drechsel weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion den Haushaltsentwurf grundsätzlich ablehne. Daher könne er auch der Nr. 2 des Beschlussvorschlages nicht zustimmen. Er erklärt, dass man mit den gegebenen Bedingungen umgehen müsse. Man müsse sich fragen, wie man die Parameter, die wichtig sind, mit dem verfügbaren Budget am besten durchführen kann. Die FDP-Fraktion habe sich daher zunächst angesehen, was eigentlich der grundsätzliche Kulturauftrag der Behörde sei und was mit Kultur in Bremen erreicht werden solle. Dabei habe man festgestellt, dass Hochkultur, aber auch die niederschwellige Kultur angeboten werden solle und über Kultur Attraktivität für die Touristen und für die Bürgerinnen und Bürger angeboten werden solle. Außerdem habe die FDP-Fraktion sich die Koalitionsvereinbarung angesehen. Darin seien auch Festlegungen enthalten, die den jetzigen Haushalt betreffen. Zum Beispiel sei festgehalten, dass das Theater Bremen sowie die Weserburg weiter gefördert werden sollen. Die FDP-Fraktion habe sich weiterhin die Positionierungen der einzelnen Einrichtungen angesehen, um festzustellen, wo es Überlappungen gebe und ob die Einrichtungen gut zueinander positioniert sind, so dass alle einen Beitrag zu dem Produkt Kultur leisten können. Gegen diese Positionierung habe die FDP-Fraktion die Konzepte, die von den Kultureinrichtungen erstellt wurden, gestellt. Dabei hätten sie festgestellt, dass einige Konzepte sich überhaupt nicht geändert haben, andere diskussionswürdig sind. Teilweise würden überhaupt keine Konzepte vorliegen und dennoch seien im Haushaltsentwurf Mittel für diese Einrichtungen eingestellt. Auf Grundlage dieser Vorarbeiten habe die FDP-Fraktion den Entwurf des Haushalts beurteilt und habe dabei die Fragen gestellt, ob Synergien bzw. Schnittstellen genutzt wurden und ob eine gewisse Chancengleichheit besteht. Aus Sicht der FDP-Fraktion sei es bedauerlich, dass die zusätzliche Zeit, die durch das lange Haushaltsaufstellungsverfahren zur Verfügung stand, nicht genutzt wurde, um diese Potenziale an Schnittstellen und Synergien in irgendeiner Weise konzeptionell aufzugreifen. Neben der prinzipiellen Ablehnung des Haushaltsentwurfes durch die FDP-Fraktion sehe er in vielen Punkten noch Optimierungsbedarf.

Herr Bolayela erklärt, dass es mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf gelungen sei, trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen Sicherheit für die Kulturakteure zu schaffen. In Bezug auf die Äußerungen von Herrn Rohmeyer zur City-Tax betont er, dass die City-Tax ein Erfolgsmodell sei. Er bekräftigt, dass davon auszugehen ist, dass die Einnahmen in 2017 so fließen wie in der Planung vorgesehen. Herr Bolayela dankt der Staatsrätin und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kulturressort für die Vorbereitung und Erarbeitung des Haushaltsentwurfs.

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert zur City-Tax, dass der Haushaltsentwurf das Risiko insoweit berücksichtige, als dass bei der Vergabe der City-Tax in Absprache mit der Sena-

torin für Finanzen nicht von dem vollen Anteil der voraussichtlichen Einnahmen ausgegangen werde, sondern von einem gedeckelten Planwert auf Grundlage der Zahlen von 2014. Die darüber hinaus gehenden Einnahmen würden dem allgemeinen Haushalt zufließen. Daher würden die Einnahmen aus City-Tax eine verlässliche Grundlage für den Kulturhaushalt darstellen. Bezüglich der Frage zu Kooperationen im Bereich der bildenden Kunst erinnert Frau Staatsrätin Emigholz daran, dass Frau Pfister in einem sehr umfangreichen Vortrag dargestellt habe, in welcher Weise Projektförderungen und andere Förderformate mit Schwerpunkten unterlegt wurden. An diese Leitlinien sei das Ressort gebunden. Frau Staatsrätin Emigholz erläutert, dass das Kulturressort regelmäßig zu den Haushaltsaufstellungen Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Einrichtungen abschließen. Darin werde auch auf aktuelle Anforderungen eingegangen, beispielsweise sei jetzt in den Vereinbarungen das Vorhalten von Angeboten kultureller Bildung festgeschrieben. Es müsse aber beachtet werden, dass das Kulturressort Leitlinien oder Schwerpunkte vorgeben könne, sich aber nicht in das operative Geschäft der Einrichtungen einmischen sollte. Das Leitbild des Kulturressorts sei, eine vielfältige Kulturszene zu gewährleisten, Angebote kultureller Bildung vorzuhalten und die Auseinandersetzung mit der sich wandelnden Gesellschaft zu fördern. Frau Staatsrätin Emigholz bietet an, dass diese Themen nach der Haushaltsaufstellung noch einmal aufgegriffen werden können.

Herr Rohmeyer fragt, wie im Rahmen der Haushaltsaufstellung generell mit Anträgen, die das Thema Digitalisierung betreffen, und wie konkret mit dem Antrag von Belladonna umgegangen wurde. Er fragt weiterhin, warum der Anschlag für die Rudolf Alexander Schröder Stiftung im Haushaltsentwurf auf 0 Euro gesetzt wurde. Herr Rohmeyer bittet um Auskunft, wie das Kulturressort mit der ungeklärten Situation bei der Weserburg weiter verfahren wolle.

Frau Strunge nimmt Bezug auf die Vorlage, in der ausgeführt werde, dass der Kulturhaushalt aus dem Integrationsbudget 2016/2017 4 Mio. € erhalte und bittet um Erläuterung, inwiefern diese Mittel dem Kulturhaushalt zusätzlich zufließen. Sie betont, dass auch aus Sicht der Linksfraktion der Bereich kulturelle Bildung sehr wichtig sei. Für sie sei allerdings nicht erkennbar, wie sich die von Frau Staatsrätin Emigholz dargestellte Schwerpunktsetzung im Bereich der kulturellen Bildung im Haushaltsentwurf niederschlage, denn im Produktgruppenhaushalt sei im Produktbereich kulturelle Bildung bei den konsumtiven Mitteln nur ein kleiner Anstieg von 2015 zu 2016 erkennbar, während der Wert 2014 deutlich höher lag. Sie merkt an, dass in den Einzelplänen bei einzelnen Haushaltsstellen, z. B. bei der Tanzförderung oder bei „Zuschüsse im Rahmen der kulturellen Stadtteilarbeit“ Null-Werte für 2016 bzw. 2017 angegeben sind, während es hier in den Vorjahren höhere Werte gab und fragt, wie diese Angaben für 2016 bzw. 2017 zustande kommen.

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert, dass für den Bereich freie Szene die Projektmittel in einem gesonderten Verfahren ausgeschüttet werden. Im Haushaltsentwurf seien daher die Haushaltsstellen für diese Bereiche mit einem Anschlag von 0 Euro angegeben. Nach dem Beschluss der Gremien über die Verteilung der Projektmittel würden dann die Mittel auf die entsprechenden Haushaltsstellen umgesetzt. Dann werde auch deutlich zu erkennen sein, dass es keine partiellen Absenkungen gebe. In Bezug auf den Antrag von Belladonna zur Digitalisierung stellt sie klar, dass die Behörde keine Aussagen über eine Erhöhung der Mittel getätigt habe. Es sei darüber gesprochen worden, ob der Deputation eine Konzeptförderung für belladonna vorgeschlagen werden könnte, um die Digitalisierung zu ermöglichen. Sie betont, dass es sich um einen temporären Mittelbedarf handele, so dass es nicht erforderlich sei, die institutionelle Förderung von belladonna dauerhaft zu erhöhen.

Herr Rohmeyer fragt, ob der Antrag von belladonna in der Deputation behandelt werde.

Frau Staatsrätin Emigholz erklärt, dass das Kulturressort der Deputation zur Beratung über die Projektmittelvergabe hierzu einen Vorschlag unterbreiten werde.

Frau Dr. Kappert-Gonther erläutert in Bezug auf den Antrag von belladonna, dass es um die Frage gehe, ob die Inhalte dieses einzigartigen Frauenarchivs jetzt digitalisiert und verschlagwortet werden, damit sie auch bundesweit der Forschung zur Verfügung gestellt werden können. Aus Sicht der Grünen sei dies sehr sinnvoll. Außerdem könne dadurch der ganze Bereich der Frauen- und Genderforschung unterstützt werden. Zum Thema Weserburg fragt sie, wie das Kulturressort das Ausscheiden der kaufmännischen Geschäftsführerin einschätzt. Sie erklärt, dass es aus Sicht der Grünen sinnvoll wäre, wenn das Zentrum für Künstlerpublikationen eine eigene Haushaltsposition erhält, damit deutlich wird, dass der Betrag von 200.000 Euro für das Zentrum für Künstlerpublikationen zur Verfügung steht. Sie nimmt Bezug auf die von den Grünen in der Bürgerschaft gestellte Anfrage zum Thema „Kindern und Jugendlichen den Weg ins Museum und zur kulturellen Teilhabe erleichtern“ und erklärt, dass sie die Beantwortung der Anfrage so verstehen würde, dass es, wenn man eine Eintrittsfreiheit für Kinder und Jugendliche gewährleisten würde, einen erheblichen Zuwachs an Besucherinnen und Besuchern geben würde. Vor dem Hintergrund, dass ein frühzeitiger Zugang zu Museen sehr positive Wirkungen für die Persönlichkeitsentwicklung hat, würden die Grünen es begrüßen, wenn noch mehr Museen Modelle für eine partielle oder vollständige Eintrittsfreiheit entwickeln würden. Frau Dr. Kappert-Gonther fragt, was es bedeute, dass der Anschlag der Haushaltsstelle „Forschungsprogramm NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut“ mit 0 Euro angegeben ist. Sie merkt an, dass der Anschlag bei der Haushaltsstelle „Zuschüsse zur Förderung der Migrantenkulturarbeit“ mit 0 Euro angegeben ist und fragt, wie dies zustande kommt, weil dieser Bereich eigentlich einen Schwerpunkt darstellen sollte.

Herr Bolayela erklärt, dass er das Anliegen, Kindern und Jugendlichen freien Eintritt in den Museen zu gewähren, für eine gute Idee halte. Man sollte dies Ziel weiterverfolgen, auch wenn die finanziellen Rahmenbedingungen zurzeit schwierig seien. Zum Thema Migrantentarbeit in Kultureinrichtungen merkt er an, dass es einige Einrichtungen gebe, die auf dem Gebiet sehr viel leisten, aber auch Einrichtungen, die nur wenige Aktivitäten zeigen. Es müsse daher einen Diskurs zu diesem Thema geben. Dabei sollte man auch mit den Migrantenorganisationen ins Gespräch kommen.

Herr Drechsel nimmt Bezug auf die Haushaltsstelle „Von der Stiftung Wohnliche Stadt aus dem Spielbankabgabeanteil“, deren Anschlag 0 Euro beträgt, und fragt, ob hier in irgendeiner Weise eine Kompensation erfolgt. Weiterhin fragt Herr Drechsel zur Landeszentrale für politische Bildung, ob es angesichts der steigenden Kosten nicht sinnvoll wäre, die Landeszentralen in Bremen und Niedersachsen zusammenzulegen. Er fragt, wie die Zuwächse beim Zuschuss an das Kulturzentrum Lagerhaus und an den Heimat- und Museumsverein für Vegesack und Umgebung begründet sind.

Frau Staatsrätin Emigholz erläutert zur Rudolf Alexander Schröder Stiftung, dass hier eine Verlagerung vom kommunalen in den staatlichen Haushalt erfolgt sei. Zum Forschungsprogramm für NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut erläutert sie, dass die Einrichtungen für diese Thematik Anträge bei der Arbeitsstelle für Provenienzforschung stellen können. Die bisher vom Kulturressort bereitgestellten Mittel seien nicht vollständig von den Einrichtungen in Anspruch genommen worden. Wenn Einrichtungen Unterstützung in diesem Bereich bräuchten, was zurzeit nicht der Fall sei, würde das Kulturressort diesen Bedarf über das Haushaltsmanagement steuern. In Bezug auf die Mittel von der Stiftung Wohnliche Stadterläutert Frau Staatsrätin Emigholz, dass der Senat sich zunächst mit den dringenden übergeordneten Problemen wie den Ausgaben im Zusammenhang mit den Flüchtlingen befasst habe, aber im Herbst 2016 erörtern wolle, wie eine Kompensation der Mittel der Stiftung Wohnliche Stadt erfolgen könne. Im Hinblick auf die Landeszentrale für

politische Bildung stellt sie klar, dass dieser Bereich zwar in der Haushaltssystematik neben den zum Kulturressort gehörenden Dienststellen dargestellt sei, aber nicht zum Verantwortungsbereich des Kulturressorts gehöre. Grundsätzlich habe das Kulturressort aber für seine zugeordneten Dienststellen die Nutzung von Synergien geprüft. Allerdings sei die Personalausstattung der Dienststellen bereits sehr knapp bemessen. Dies zeige auch der Vergleich mit anderen Bundesländern. Zum Thema „freier Eintritt in Museen“ erklärt Frau Staatsrätin Emigholz, dass dieses Thema wichtig sei, um möglichst vielen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Kultur zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund sei die Initiative des Focke-Museums hervorzuheben, bei für ein Jahr mit Unterstützung des Freundeskreises Kindern und Jugendlichen freier Eintritt gewährt werde. Die Schwierigkeit würde allerdings darin bestehen, dass die Einrichtungen darauf angewiesen seien, eigene Einnahmen zu erzielen. Frau Staatsrätin Emigholz erklärt im Hinblick auf das Thema Weserburg, dass es für Frau Markus persönlich erfreulich sei, dass sie sich beruflich anderweitig entwickeln kann. Für das Kulturressort sei es bedauerlich, weil Frau Markus eine sehr kluge Kollegin sei, die sehr vernünftig mit Ressourcen umgehe. Es sei wichtig, dass die Stelle wiederbesetzt werde, damit das weitere Verfahren in der Weserburg von einer Person mit kaufmännischem Sachverstand begleitet werden könne. In Bezug auf die Kulturarbeit mit Migrantinnen und Migranten erläutert Frau Staatsrätin Emigholz, dass es sich hier um eine Verlagerung der Mittel handle. Sie schlägt vor, nach der Haushaltsaufstellung dieses Thema als eigenständiges Thema in der Deputation zu beraten.

Frau Strunge erklärt, dass aus Sicht der Linken der entscheidende Punkt sei, dass die Kulturförderung insgesamt seit Jahren auf einem niedrigen Niveau sei. Die Kulturschaffenden in Bremen würden sich durch ein ganz enormes Engagement auszeichnen und die Überlebensfähigkeit der Kulturszene in Bremen könne nur deswegen aufrechterhalten werden. Vor diesem Hintergrund seien die Linken eben nicht zufrieden damit, dass die Kulturförderung auf diesem niedrigen Niveau bleibt. Sie merkt an, dass es schwierig sei, sich nur auf die Zahlen beziehen, weil auch Zuschusserhöhungen teilweise nicht die Existenz einer Einrichtung sichern, wenn andere externe Gelder wegfallen. Wenn man eine inhaltliche Bewertung vornehme und die tatsächlichen Bedarfe der Einrichtungen berücksichtige, müsste der Haushalt ganz anders aussehen. Durch den vorgelegten Haushaltsentwurf würden eine Reihe von Einrichtungen vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt werden. Der Haushaltsentwurf stelle aus ihrer Sicht eine defensive Kulturpolitik dar und sei weit entfernt von einer selbstbewussten Kulturpolitik. Deswegen könne sie dem Haushalt in dieser Form nicht zustimmen.

Herr Rohmeyer betont, dass die Einrichtungen mit einem Zuschussbetrag, der seit 2007 nicht gestiegen ist, bei Tarifsteigerungen und Energiekostensteigerungen nicht mehr das gleiche Programm leisten können. In Wahrheit habe es daher von Haushaltsrunde zu Haushaltsrunde keine Entwicklung gegeben, sondern die Einrichtungen hätten sich irgendwie über Wasser halten können. Zum Thema Weserburg fragt Herr Rohmeyer auf welcher Grundlage der Zuschuss von rund 1,2 Mio. Euro veranschlagt wurde. Die Deputation habe in den letzten Jahren über verschiedene Standorte und dann über verschiedene Raumbedarfe diskutiert. Es sei unklar, welche Raumgröße zu Grunde liege. Unklar sei auch, wie es sich mit den investiven Kosten verhalte. Die Frage sei, welche Kosten in diesem Zusammenhang im öffentlichen Haushalt anfallen bzw. ob überhaupt in den nächsten zwei Jahren investive Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Herr Rohmeyer erklärt, dass mit dem vorgelegten Haushalt keine Schwerpunkte gesetzt werden. Mit Hilfe der City-Tax würden bestimmte Löcher gefüllt, die in den letzten zwei Jahren deutlich sichtbar waren. Er betont, dass man die Finanzierung von Kultureinrichtungen, die eine Perspektive für ihre Arbeit bräuchten, nicht mit Mitteln hinterlegen sollte, deren Fortbestand nicht sicher sei. Herr Rohmeyer weist darauf hin, dass der haushaltspolitische Sprecher der CDU be-

reits mitgeteilt habe, dass der Haushalt aus seiner Sicht verfassungswidrig ist. Der Gesamthaushalt finde daher nicht die Zustimmung der CDU.

Frau Dr. Kappert-Gonther weist darauf hin, wie reich die kulturelle Landschaft in Bremen sei. Es gebe über 600 Bildende Künstlerinnen und Künstler in Bremen mit zum Teil überregionalem Renommee. Außerdem gebe es Museen, die innovative Konzepte verfolgen und überregionale Anerkennung finden. Es gebe das Theater Bremen, das inzwischen eine Strahlkraft weit über Bremen hinaus erlangt habe. Es bestehe ein lebhafter Diskurs, bei dem viele Themen besprochen werden, insbesondere auch die Frage, wie man zeitgenössische Kunst in Bremen stärken könne. Sie betont, dass ein gesellschaftliches Klima wünschenswert wäre, das anerkennt, welchen Stellenwert Kunst und Kultur für ein gesellschaftliches Miteinander und für eine gesellschaftliche Weiterentwicklung haben. Daher wäre es natürlich wünschenswert, dass für den Kulturhaushalt mehr Mittel zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund, dass man aufgrund der finanziellen Situation befürchten musste, dass alle Anschläge gekürzt werden müssen, sei der vorgelegte Haushalt dennoch positiv zu würdigen. Es stehe außer Frage, dass die Deputation – und zwar Koalition und Opposition gemeinsam - noch sehr viel mehr dafür tun könne, damit anerkannt werde, dass Kunst und Kultur eine Notwendigkeit sind.

Frau Staatsrätin Emigholz nimmt Bezug auf die Ausführungen von Frau Strunge, dass im Kulturhaushalt grundsätzlich mehr Geld ausgegeben werden sollte, und erklärt, dass die Linken dann sicherlich entsprechende Änderungsanträge in der Bürgerschaft einreichen werden, die vermutlich einen zusätzlichen Betrag von ca. 10 Mio. Euro bedeuten würden. Sie fragt Herrn Rohmeyer, wieviel Mittel der Kulturhaushalt aus Sicht der CDU mehr bekommen sollte, wenn der Haushaltsentwurf schon jetzt als verfassungswidrig eingeschätzt werde.

Frau Steineke (Stadtkultur Bremen e.V.) fragt, ob im Haushaltsentwurf für die Einrichtungen der Stadtkultur Stärkungsmittel für 2016 enthalten sind.

Herr Frey erläutert, dass diese Mittel dem Bereich der Projektmittel zuzuordnen seien. Über die Verteilung der Projektmittel entscheide die Deputation auf Grundlage der Empfehlung des Projektmittelausschusses.

Herr Gottschalk erklärt, dass es aufgrund der finanziellen Situation Bremens in vielen Bereichen finanziell eng sei, z. B. in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung, Polizei oder Hochschulen. Der Kulturhaushalt müsse vor dem Hintergrund dieser Gesamtsituation betrachtet werden. Auch ihm sei bekannt, welche Schwierigkeiten teilweise in den Einrichtungen bestehen. Aber der Kulturhaushalt müsse den vereinbarten Eckwert einhalten. Herr Gottschalk nimmt Bezug auf die Aussage von Herrn Rohmeyer, es seien die falschen Schwerpunkte gesetzt worden. Er macht darauf aufmerksam, dass bei einem begrenzten Etat Schwerpunktsetzungen in einem Bereich Kürzungen in anderen Bereichen bedeuten. Er würde erwarten, dass die CDU mitteilt, welche Schwerpunkte sie setzen würde und in welchen Bereichen dafür Geld wegfallen soll. Es passe nicht zusammen, wenn die CDU in den Fachausschüssen erkläre, dass zu wenig Geld in den einzelnen Bereichen ausgegeben werde und im Haushalts- und Finanzausschuss erkläre, dass dem Haushalt nicht zugestimmt werden könne, weil zu viel Geld ausgegeben werde. Herr Gottschalk erklärt, dass man im Vergleich mit anderen Städten froh sein könne, dass in Bremen Kunst und Kultur so hoch geschätzt werden und sich dies auch im Haushalt niederschlage.

Herr Saffe erklärt, dass es bemerkenswert sei, dass Bremen die Kammerphilharmonie halten könne. Die Arbeit der Kammerphilharmonie an der Gesamtschule Ost sei herausragend. Es müsse anerkannt werden, welche gute Arbeit die Kultureinrichtungen angesichts der knappen Mittel leisten.

Herr Rohmeyer fragt, warum der Senator für Kultur, Herr Dr. Sieling, bis jetzt noch nie an den Sitzungen der Deputation für Kultur teilgenommen habe und insbesondere bei der Beratung über den Kulturhaushalt nicht anwesend sei. Zu den Fragen zur Vorgehensweise der CDU in Bezug auf den Haushalt erklärt er, dass sich die CDU-Fraktion noch beraten werde, wie sie mit dem Haushaltsentwurf umgehe. Er glaube nicht, dass, wenn die CDU für alle aus ihrer Sicht erforderlichen Positionen Änderungsanträge einbringen würde, dies bedeuten würde, dass insgesamt mehr Geld zur Verfügung gestellt werden müsse. Die CDU wisse, was verantwortungsvolle Kulturpolitik sei. Er weist darauf hin, dass für bestimmte Positionen des Kulturhaushalts kein Spielraum bestehe, z. B. bei dem Zuschuss an das Theater Bremen. Allerdings könne durchaus über die inhaltliche Ausrichtung des Theaters diskutiert werden, denn das Theater habe zwar bestimmte Zielgruppen hinzugewonnen, aber andere an die Theater in Hamburg, Hannover, Oldenburg und Bremerhaven oder an die großen Kinos verloren. Es gebe keine Ausgewogenheit bei der Programmgestaltung. Über die in der Deputation vorgestellten Ansätze zu einem Verbund im Nordwesten sei nicht wieder berichtet worden. Herr Rohmeyer erklärt, dass die CDU im Rahmen der Haushaltsberatungen entscheiden werde, wie sie mit einzelnen Bereichen umgehe. Man werde das Verfahren konstruktiv begleiten, aber nicht die Arbeit der Regierung machen.

Frau Strunge nimmt Bezug auf die Ausführungen von Frau Staatsrätin Emigholz und erklärt, dass sie nicht sagen könne, ob es wirklich 10 Mio. Euro mehr sein müssen. Aus Sicht der Linken sei es erforderlich, sich anzusehen, wo welche Bedarfe sind. Auf dieser Grundlage könnten dann konstruktive Änderungsanträge gestellt werden.

Herr Drechsel betont, dass es wichtig sei, das verfügbare Budget möglichst sinnvoll einzusetzen. Es müsse einen Weg geben, die drei Direktiven Vielfalt, Ausgewogenheit und Verlässlichkeit zu gewährleisten. Aus Sicht der FDP-Fraktion müsse hierfür ein langfristiges Konzept erarbeitet werden. Außerdem sei es wichtig, für bestimmte Leuchttürme eine nachhaltige Verlässlichkeit zu sichern. Ein konkreter Vorschlag der FDP-Fraktion sei, darüber nachzudenken, den Anteil der Projektmittel signifikant zu erhöhen, weil in dem Projektmittel-Anteil quantitativ und qualitativ ein Korrektiv bestehe, mit dem Vielfalt, Ausgewogenheit und Verlässlichkeit gewährleistet werden könne. Vor diesem Hintergrund sei die späte Vergabe der Projektmittel in diesem Jahr ein Desaster für die Kulturszene. Wichtig sei auch, die Qualität der Jury zu gewährleisten und Transparenz über sämtliche Anträge zu schaffen.

Frau Staatsrätin Emigholz erinnert daran, dass früher für sämtliche freien Antragsteller jährlich neu über eine Förderung entschieden werden musste. Es seien in den letzten zehn Jahren sehr viele Einrichtungen der freien Szene in den Haushalt überführt worden. Diese Bereiche seien vorher nominell als Projekte geführt worden. Deshalb sei der Projektmitteltopf zu diesem Zeitpunkt signifikant höher gewesen. Es sei ein politischer Entschluss gewesen, um solchen Situationen wie die der haushaltslosen Zeit vorzubeugen, Verlässlichkeit durch die Überführung in eine institutionelle Förderung zu schaffen. Diese Linie habe dazu geführt, dass die Gestaltungsspielräume in bestimmten Bereichen kleiner geworden seien. Sie sei gern bereit, darüber zu diskutieren, welche Kürzungsvorschläge bestehen, um mehr Projektmittel bereitstellen zu können. Man könne darüber nachdenken, eine quotale Kürzung quer über alle Bereiche vorzunehmen. Denkbar sei auch, dass die Projektmittel nur für die freien, nicht institutsgebundenen Akteure zur Verfügung gestellt werden. Aber solche Entscheidungen müssten gut abgewogen werden. Ein Ansatzpunkt, den das Kulturressort unterstütze, sei, Plattformen zu organisieren, die gemeinschaftlich genutzt werden können, insbesondere von jungen Künstlerinnen und Künstlern. Damit werde das wirtschaftliche Risiko Einzelner reduziert. Eine weitere Idee sei es, etablierte Einrichtungen zu motivieren, junge Gruppen mit einzubeziehen, um Neuerungen

möglich zu machen. Das Kulturressort setze in diesem Zusammenhang auf einen Mix aus verschiedenen Maßnahmen. Es sei wichtig, sich über die Projektmittel auszutauschen. Deswegen sehe der Zeitplan im Mai ausreichend Raum für eine Vorbereitung der Projektmittel in den unterschiedlichen Gremien vor.

Die Deputation für Kultur nimmt die Entwürfe der kameralen Haushalte und des Produktgruppenhaushalts zur Kenntnis.

Die Deputation für Kultur bestätigt – mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen - die Darlegungen der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen für die Produktgruppen des Produktplanes Kultur, entsprechend der Anlage. Eine Ablehnung erfolgt durch CDU, Linke und FDP. Herr Rohmeyer erklärt, dass die im Beschlussvorschlag genannten Punkte nicht bestätigt werden können und die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag daher nur ablehnen könne.

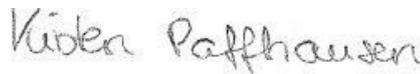
Die Deputation bittet den Senator für Kultur, über den weiteren Fortgang der Haushaltsaufstellung der Haushaltsaufstellung zu berichten.

TOP 3: Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Frau Strunge beendet damit die Sitzung der staatlichen Deputation für Kultur.



Sprecherin



Protokollführerin

Teilnehmerliste

Staatliche Deputation für Kultur

19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019

Ort:
Raum 416
Bürgerschaft

am:
07. April 2016

von: 14:04

bis: 16:00

Teilnehmer	Unterschrift*)	Teilnahme von – bis **)
Senator Dr. Carsten Sieling		
Staatsrätin Carmen Emigholz	<i>Carmen Emigholz</i>	
Elombo Bolayela	<i>Bolayela Luw...</i>	
Jens Crueger	<i>Jens Crueger</i>	
Ulf-Brün Drechsel	<i>Ulf-Brün Drechsel</i>	
Arno Gottschalk	<i>Arno Gottschalk</i>	
Susanne Grobien	<i>S. Grobien</i>	
Dr. Kirsten Kappert-Gonther	<i>Kappert-Gonther</i>	
Martin Michalik	<i>Martin Michalik</i>	
Claas Rohmeyer	<i>Claas Rohmeyer</i>	
Sükrü Senkal	<i>Vertreten durch P. Senkal</i>	
Miriam Strunge	<i>M. Strunge</i>	
Dr. Anne Kroh	<i>Anne Kroh</i>	

*) Vertreter/in bitte den Namen in Druckschrift vermerken und mit „i.V.“ unterschreiben.
**) nur ausfüllen, wenn nicht an der gesamten Sitzung teilgenommen wurde.

Deputation für Kultur (staatlich)

Anwesenheitsliste
Sonder-Sitzung am 07.04.2016

19. Legislatur-Periode

Vertreter des Senators für Kultur

Name	Name	Name
Foley		
G. Kündler		
G. Albrecht		
H. Jodier		

Vertreter anderer Behörden

Behörde	Name

Sachverständige, Gäste

Organisation	Name
Stadtkultur e.V.	Frau Steiner